

# Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950

Autor(en): **Tanner, Jakob**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **47 (1997)**

Heft 4: **Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg = La Suisse et la Seconde Guerre mondiale**

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-81201>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950

---

Jakob Tanner

## *Résumé*

*L'économie suisse était déjà largement orientée vers l'étranger pendant l'entre-deux-guerres. L'exportation des capitaux assurait au pays un empire économique étendu, alors que sa neutralité le désignait en temps de guerre précisément comme une plaque tournante pour la fuite ou le rapatriement de capitaux. Cette contribution donne un aperçu des principaux résultats de l'histoire financière parus depuis 1945 et met clairement en évidence les acquis nouveaux des années 1970 puis des années 1980. Les relations financières avec les puissances de l'Axe, mais aussi avec les pays alliés et les pays neutres sont examinées; il en ressort des liens étroits entre la géographie des investissements à l'étranger, les transactions de l'or et de capitaux de même que les missions diplomatiques et les accords obtenus. Une autre partie analyse deux controverses importantes: la politique de neutralité d'une part, les accords financiers avec les différentes puissances d'autre part. Les débats actuels parmi les historiens et les économistes ainsi que quelques-unes des voies à explorer sont évoqués dans une partie conclusive.*

## **1. Einleitung**

Wenn nach «Finanzbeziehungen» bzw. «relations financières» gefragt wird, die der schweizerische Banken- und Finanzplatz während des Zweiten Weltkrieges zu den Achsenmächten, den Alliierten und den neutralen Ländern unterhielt, so bedient man sich eines Begriffs, der sich in der historischen Forschung erst seit Mitte der 1980er Jahre durchgesetzt hat. In früheren Überblickswerken und Studien wurde eher von Kapitalexport, Exportfinanzierung, Kreditgewährung, Kapitalschutz und -flucht, «Hot Money», Kapitalimport, Finanzdrehscheibe, Banknotenhandel, Clearing-

und Finanzabkommen usw. gesprochen. Diese Begriffe bezeichnen unterschiedliche, jedoch interdependente Phänomene, die aber kaum zusammenhängend analysiert wurden. Erst die Studien, die im Gefolge des Bonjour-Berichts erschienen, bemühten sich um eine kohärente Interpretation des stark auslandabhängigen schweizerischen Finanzsektors. Analysiert wurde insbesondere die wirtschaftliche Kooperation zwischen dem schweizerischen Bankensystem und dem Nazi-Regime. Die Einsicht in die enge Verzahnung zwischen Industriewirtschaft, Handelstätigkeit und Kreditfinanzierung verwies auf neutralitätsrechtliche Komplikationen und sicherheitspolitische Auswirkungen dieser Geschäftspraktiken. Konstatiert wurde ein Dilemma, wenn nicht ein Hiatus, zwischen Staatsräson und Staatsmoral. Bei aller Unterschiedlichkeit des Forschungszugangs und der Interpretationsakzente lassen sich Publikationen von Daniel Bourgeois (1974), Werner Rings (1985), Jakob Tanner (1986) und, zusammenfassend, Markus Heiniger (1989) unter dieser Kategorie subsummieren<sup>1</sup>. Auch neuere, von Journalisten verfasste Studien, weisen in diese Richtung<sup>2</sup>. Weil diese Untersuchungen mit dem Reduitmythos und der widerstandszentrierten Erinnerungswelt der sogenannten «Aktivdienstgeneration» kollidierten, wurden sie als kritische Revision des etablierten schweizerischen Geschichtsbildes wahrgenommen und offiziellerseits mit teilweise beträchtlichen Reserven rezipiert.

Der facettenreiche und normativ neutralisierte Begriff «Finanzbeziehungen» vermochte sich erst um die Mitte der 1980er Jahren mit Studien über das Verhältnis der Schweiz zu den westlichen Alliierten durchzusetzen<sup>3</sup>. Marco Durrer (1984), Philippe Marguerat (1985), Marc Perrenoud (1987) und Linus von Castelmur (1994) sprachen im Titel bzw. in Untertiteln ihrer Untersuchungen von «Finanzbeziehungen»<sup>4</sup>. Allen genannten

1 Daniel Bourgeois: *Le Troisième Reich et la Suisse, 1933–1941*, Neuenburg 1974; ders.: «Les relations économiques germano-suissees 1939–1945», in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, Nr. 121 (1981), S. 49–61; Werner Rings: *Raubgold aus Deutschland. Die «Golddrehscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich/München 1985; Jakob Tanner: *Bundshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938–1953*, Zürich 1986; Markus Heiniger: *Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde*, Zürich 1989.

2 Gian Trepp: *Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans*, Zürich 1993; Beat Balzli: *Treuhänder des Reiches. Die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer. Eine Spurensuche*, Zürich 1997.

3 Vorher war etwa von «Wirtschaftsbeziehungen» die Rede. Vgl. etwa Walter Spahni: *Der Ausbruch der Schweiz aus der Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld 1977.

4 Marco Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA über die «Safehaven»-Politik zum Washingtoner Abkommen (1941–1946)*, Bern/Stuttgart 1984; Marc Perrenoud: «Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale. Politique de neutralité et relations financières internationales», in: *Studien und Quellen*, Hg. Schweizerisches Bundesarchiv, Nr. 13/14 (1987/88), S. 7–128; Linus von Castelmur: *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im*

Autoren schien selbstevident zu sein, worum es dabei geht. Jedenfalls wird diese Bezeichnung generell deskriptiv verwendet. Eine theoretische Fundierung als analytisches Konzept fehlt. Der beschreibende Zugang ermöglichte indes durchaus ein gleichsam quellengeleitetes «Problemmonitoring». Bei Durrer, Perrenoud und von Castelmur findet sich eine entsprechend kontroverse Problematisierung strittiger Fragen, während Marguerat eher darum bemüht ist, die neutralitätsrechtliche und -politische Korrektheit der Goldübernahmen nachzuweisen.

Folgende Dimensionen der Problematik wurden etwa behandelt: die geographische Verteilung der schweizerischen Auslandvermögen und die Herkunft der ausländischen Vermögensbestände in der Schweiz; kriegswirtschaftliche, aussenpolitische und rechtliche Massnahmen, die auf diese transnationale Kapitalstruktur einwirkten; Kredite im Rahmen von Verrechnungsabkommen, Verhandlungen und Abkommen, mit denen strittige Fragen gelöst und Konflikte beseitigt wurden; die komplexen, politischen und privatwirtschaftlichen Institutionen übergreifenden personellen Verflechtungen und Akteurnetzwerke. Einem solchen breiten Verständnis sind auch die zwischen 1991 und 1997 erschienenen Bände 13 bis 15 der *Documents diplomatiques Suisses* verpflichtet: Ohne den Begriff «Finanzbeziehungen» in der Materialgliederung zu erwähnen, wurde hier versucht, Fragen wie die eben gestellten als Selektionskriterien bei der Auswahl der edierten Quellen zu verwenden<sup>5</sup>. Über diese Kernbereiche der Thematik hinaus verweist der Begriff «Finanzbeziehungen» implizit auf eine ganze Reihe von zentralen Fragen: Wie sah das Spannungsfeld zwischen diesen Kapitalverflechtungen und der Neutralitätspolitik aus? Wie gestaltete sich – in einem noch weiter gesteckten Interpretationsrahmen – das Verhältnis von «neutralem Kleinstaat» und einem international orientierten, stark aussenabhängigen Finanzplatz? Welche Rolle spielten die Finanzbeziehungen für die Tatsache, dass die Schweiz während der Kriegsjahre von militärischen Angriffen auf ihr Territorium verschont blieb? Welche Bedeutung hatte die finanzielle Sphäre umgekehrt für die Rüstungswirtschaft und die Kriegsführung der Achsenmächte? Wie hängen die Finanzbeziehungen mit den (Raub-)Goldtransaktionen, den ausländischen Direktinvestitionen, den Fluchtkapitalströmen, der Flüchtlingspolitik und dem Raubgüterhandel zusammen? Und, *last but not least*,

Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Die deutschen Guthaben in der Schweiz zwischen Zwangsliquidierung und Freigabe (1945–1952), Zürich 1992; Philippe Marguerat: «La Suisse et la Neutralité dans le domaine économique pendant la seconde guerre mondiale 1940–fin 1944», in: Louis-Edouard Roulet, Roland Blättler (Hg.): *Les Etats neutres européens et la seconde guerre mondiale*, Neuenburg 1985, S. 55–67.

<sup>5</sup> *Documents diplomatiques Suisses 1848–1945*, Bde. 13–15 (1939–1945), Bern 1991–1997.

welche Auswirkungen hatte der Zweite Weltkrieg auf das langfristige Wachstumspotential des schweizerischen Finanz- und Bankenplatzes im europäischen und internationalen Kontext? Insgesamt wird deutlich, dass «Finanzbeziehungen» sowohl das Handeln privater Institutionen als auch das öffentliche internationale Recht tangieren. Kompetitiv verfasste Märkte, auf denen ein ökonomisches Profitkalkül spielt, sind in personelle Netzwerke und rechtlich-politische Rahmenbedingungen eingebunden und wandeln sich unter dem Einfluss von politischen Machtkonstellationen und militärischen Kraftfeldern.

Kapitel 2 gibt einen Überblick, der die Entwicklung von 1931, dem europäischen «annus terribilis» (Gilbert Ziebura)<sup>6</sup> der Grossen Depression, bis zu Beginn der 50er Jahre umfasst (Abschluss des Europäischen Zahlungsabkommens sowie Gründung der Europäischen Zahlungsunion im Jahre 1950<sup>7</sup> und schweizerisch-alliiertes Ablösungsabkommen von 1952<sup>8</sup>). Ich versuche zu zeigen, dass bereits vor dem in den ausgehenden 1960er Jahren einsetzenden sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsschub einige von der nationalideologisch fixierten Schweizergeschichte kaum rezipierte Erkenntnisse greifbar waren. Es folgen einige Hinweise auf wichtige Studien, die ausserhalb der akademischen Geschichtswissenschaft entstanden und die an der Erschliessung neuer Untersuchungsfelder massgeblich beteiligt waren. Kapitel 3 geht dann auf die wichtigsten Publikationen zur Thematik, die seit den 70er Jahren erschienen sind, ein und gibt die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen wieder. Kapitel 4 gruppiert die heute vorliegenden Forschungsergebnisse nach zwei Aspekten, die ich für besonders relevant und gleichzeitig kontrovers halte. Das abschliessende Kapitel 5 verweist auf die wichtigsten Forschungsdesiderata und macht einige Vorschläge für künftige historische Untersuchungen.

6 Gilbert Ziebura: *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch*, Frankfurt a.M. 1984; für die Schweiz vgl. Gottlieb Bachmann: «Die Schweiz als internationales Finanzzentrum», in: *Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch 1931*, Hg. Neue Helvetische Gesellschaft, Erlenbach/Zürich 1931.

7 Die Europäische Zahlungsunion sollte die Multilateralität des Aussenhandels wiederherstellen und die volle Konvertibilität der OEEC-Währungen fördern. Sie wurde 1958 durch das Europäische Zahlungsabkommen ersetzt.

8 Vgl. dazu z.B. Herman van der Wee: *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980* (= Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 6), München 1984, S. 501ff.; Michael R. Darby: *The internationalization of American banking and finance: structure, risk, and world interest rates*, Cambridge, Mass. 1986; für die Kriegszeit vgl. z.B. Allen S. Milward: *Der Zweite Weltkrieg* (= Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 5), München 1977; Willi A. Boelcke: «Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates. Ein Beitrag zur deutschen Währungs- und Aussenwirtschaftspolitik 1933–1945», in: Manfred Funke (Hg.): *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1977.

## 2. Überblicksdarstellungen von Insidern und Spezialstudien bis in die 1960er Jahre

Wer in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg an der Geschichte der «Finanzbeziehungen» interessiert war, konnte sich von einigen wichtigen Grundzügen und Strukturmerkmalen durchaus ein Bild machen. So geben etwa das 1947 publizierte «Handbuch des Bank-, Geld- und Börsenwesens der Schweiz» und die beiden 1955 bzw. 1957 erschienenen Publikationen «Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft» bzw. «50 Jahre Schweizerische Nationalbank» einen summarischen Überblick über den damaligen Kenntnisstand<sup>9</sup>. Bei den Verfassern dieser Publikationen handelt es sich in der Regel um politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger, die sehr holzschnittartige Überblicke aus ihrer eigenen Binnenperspektive zeichneten. Darüber hinaus sind seit den beginnenden 1950er Jahren eine ganze Reihe von nationalökonomischen und juristischen Dissertationen entstanden, die einzelne Aspekte der Problematik behandeln<sup>10</sup>. Vier Strukturmerkmale bzw. Sachverhalte werden in diesen Studien hervorgehoben:

- *Erstens* wird die Schweiz als *ältestes Kapitalexportland* nördlich der Alpen charakterisiert. Die vorerst noch in einzelnen urbanen Gesellschaften (Basel, Genf, Zürich) integrierten «Finanzplätze» entstanden weniger durch einströmende Fluchtgelder, sondern durch die Auslandsinvestitionen, die durch ganz unterschiedliche Quellen gespeist wurden. Längst vor Beginn des 20. Jahrhunderts konnte die Schweiz ihre negative Handelsbilanz nicht zuletzt dank der Kapitalerträge aus dem Ausland im Gleichgewicht halten; statistische Zeitreihen und Daten über die Regionalverteilung dieser Vermögenswerte finden sich in den einschlägigen Werken allerdings kaum und die Aussagen bleiben weitgehend qualitativ<sup>11</sup>.
- *Zweitens* wird die enge *Verbindung von Exportfinanzierung und Kapitalexport* hervorgehoben. Die Handelsbanken standen mit Direktkrediten an die Exportindustrie im Dienste der schweizerischen Aussenwirtschaft<sup>12</sup>. Schlagen seit Beginn der 30er Jahre die Probleme der Devisenbewirtschaftung und des bilateralen Warenverkehrs voll auf die Schweiz durch, so komplizierten sich die «altbewährten Exportkreditformen» nach Kriegsausbruch nochmals beträchtlich, wobei die ohnehin schon beste-

9 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, Hg. Rudolph J. Kaderli, Edwin Zimmermann, Thun 1947; *Schweizerische Nationalbank 1907–1957*, Zürich 1957.

10 Vgl. etwa: M. W. Hess: *Die Strukturwandlungen im schweizerischen Bankenwesen von der Schaffung des Bankgesetzes bis 1958*, Winterthur 1963; E. Schneider: *Die schweizerischen Grossbanken im Zweiten Weltkrieg 1939–1945*, Zürich 1959; Max Iklé: *Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz*, Zürich 1970.

11 Eduard Kellenberger: *Kapitalexport und Zahlungsbilanz*, Bd. 2, Bern 1942.

12 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, S. 210.

henden Unsicherheiten durch fortschreitende Transfereinschränkungen weiter verstärkt wurden. Namentlich durch die Notwendigkeit, bisher nicht bekannte Transport- und Kriegsrisiken zu versichern, sei, so das Handbuch für schweizerische Volkswirtschaft weiter, «eine moderne, den veränderten Verhältnissen angepasste Form aufgekommen: die Bevorschussung von Warenforderungen an das Ausland», nämlich die «Clearing- und Transferforderungen»<sup>13</sup>. Während der Kriegsjahre avancierte der Staat zum Motor des Kapitalexports, eine Rolle, die auch in der Nachkriegszeit anhielt. In den Jahren nach 1945 intervenierte der Bund substantiell in die Vorausfinanzierung schweizerischer Exporte. Beliefen sich die Bundesvorschüsse im Rahmen von Clearingabkommen im Jahre 1945 auf 1,3 Milliarden Franken, so kamen bis 1954 nochmals fast 1,4 Milliarden hinzu<sup>14</sup>. Der Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa erforderte, da in den weitgehend in Ruinen liegenden Nachbarländern Devisenknappheit herrschte, die Übernahme von Bankfunktionen durch den Staat. Dies wurde zwar als «ausserordentlich» und den «gesunden Grundsätzen der Exportförderung» entgegenstehend interpretiert. Doch eine Alternative war nicht erkennbar und die staatliche Exportförderung entsprach einem volkswirtschaftlichen Imperativ, denn «die führenden schweizerischen Banken (waren) vorsichtig geworden» und es war der Staat, der den darniederliegenden Kapitalexport wiederum – mit beträchtlichen Risiken – anzukurbeln hatte. Die Devise lautete, dass, wenn es der Schweiz nicht gelänge, den Kapitalexport erneut in den Dienst des Exports zu stellen, helvetische Unternehmen «nicht nur keine Exportsteigerung von einiger Dauer erreichen, sondern auch noch die normalen Exporte zum Teil verlieren» würden. Erst mit der Konsolidierung der europäischen Kapitalmärkte (Gründung der Europäischen Zahlungsunion 1950) und der Wiederherstellung der Konvertibilität der Währungen im Verlaufe der 50er Jahre nahmen insbesondere die Grossbanken ihre traditionelle Kapitalexportrolle wiederum wahr<sup>15</sup>. Dabei wird die Ende der 40er Jahre erzielte innenpolitische Stabilisierung in den wichtigsten westeuropäischen Ländern und die eminente Bedeutung eines harten Schweizer Frankens für die ka-

13 Do. S. 211.

14 W. Hurni: *Entwicklung, Gestaltung und Auswirkungen des gebundenen Zahlungsverkehrs in der schweizerischen Volkswirtschaft in den Jahren 1945–1955*, Freiburg i.Ue. 1960; Emil Küng: «Probleme des Kapitalexports», in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 1946, S. 289–301; R. Beriger: *Die internationalen Zahlungsabkommen der Schweiz aufgrund der Zahlungsabkommen von 1945–1949*, Zürich 1949; E. Hochuli: *Die schweizerische Gold- und Dollarpolitik vom Beginn des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 bis zur Pfundabwertung im Herbst 1946*, Basel/Stuttgart 1967.

15 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, S. 213ff.; auf dem Weg zur Wiedereinführung der allgemeinen Konvertibilität war vor allem das Europäische Währungsabkommen vom 5. 8. 1955 wichtig. Vgl. van der Wee: *Der gebremste Wohlstand*, S. 505ff.

pitalimport- und -exportseitig bediente Finanzdrehzscheibe Schweiz betont.

● *Drittens* wird in diesen Überblickswerken die zunehmende Bedeutung von *kurzfristig-spekulativen Kapitalbewegungen* thematisiert<sup>16</sup>. «Hot Money» sei, so das Handbuch für Bank-, Geld- und Börsenwesen, ein «neuer Ausdruck für Gelder unruhigen, unstabilen Charakters, die bald hier, bald dort eine Anlage suchen», ohne dass eine feste Einbindung beabsichtigt ist und die zur «Aufblähung der Bankbilanzen» beigetragen und das erste Gentlemen's Agreement von 1937 notwendig gemacht hätten<sup>17</sup>. Die entsprechende Finanzspekulation wurde vor allem durch das auf die Pfunddevaluation von 1931 folgende Abwertungskarussell angeheizt. Während der schweizerische Kapitalexport in der verlustreichen Weltwirtschaftskrise stockte, kam «in umgekehrter Richtung (...) den kurzfristigen, sichere Anlage suchenden Fluchtgeldern, wachsende Bedeutung zu». 1931 und 1932 strömten zunächst per Saldo grosse Kapitalbeträge in die Schweiz. Die Erwartung einer «Kapitulation» des Schweizer Frankens kehrte die Vorzeichen der Kapitalverkehrsbilanz erneut um. Doch nach dem September 1936 (Abwertung des Frankens um 30%) war der hiesige Kapitalmarkt durch massive Zuflüsse von aussen wiederum sehr liquide. Damit konnte er auch als effiziente Finanzdrehzscheibe fungieren, die Kapitalimport und Spartätigkeit mit dem Kapitalexport verband. Der mit Kriegsbeginn einsetzende Ausbau des Filialnetzes der Schweizer Grossbanken im neuen Weltfinanzzentrum New York, wurde mit diesen nun zunehmend ins Schwerefeld politischer Ereignisse geratenen Kapitalbewegungen in einen direkten Bezug gebracht<sup>18</sup>. Die ausgeprägte Volatilität war ein Kennzeichen der Kapitalmärkte der 30er Jahre; Erwartungen und Befürchtungen von Kapitalanlegern verstärkten sich in diesem Spiel um kurzfristige Profitmaximierung kumulativ und hatten in der Schweiz, aber auch in andern attraktiven Anlageländern (wie die USA, Kanada, Schweden oder Argentinien) unberechenbare Transaktionsmuster zur Folge. Diese Tendenz wurde dann durch die vielfältigen Restriktionen der Kriegszeit (Devisenbewirtschaftung, bilaterale Clearings, Freezing usw.) gebrochen<sup>19</sup>. Nach 1945 bekamen aufgrund der Wiederaufbauinvestitionen vorübergehend wiederum «längerfristige Kredite» ein grösseres Ge-

16 Vgl. das entsprechende Stichwort in: *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, S. 272. Siehe des weiteren: Henri Blumenfeld: *Les Capitaux Migrateurs (Hot Money)*, Neuenburg (Thèse) 1941.

17 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*.

18 Schneider: *Die schweizerischen Grossbanken*, S. 51ff.

19 Vgl. dazu: Kurt Mueller: *Der Kapitalimport. Studie zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen*, St. Gallen 1947.



wicht<sup>20</sup>. Diese Entwicklung favorisierte den schweizerischen Finanzsektor, für den eine Polarität von starkem Kapitalmarkt und fehlendem Finanzmarkt kennzeichnend war.

● *Viertens* wurden *konjunkturelle Wechsellagen* und die *Einwirkung von Kriegen auf die internationalen Kapitalbewegungen* thematisiert. Die Bewertung von Kriegen ist negativ; sie «vernichten Kapital. Sie bildeten deshalb auch immer die Wendepunkte in den internationalen Kapitalbewegungen»<sup>21</sup>. Die Interpretationen beziehen sich meist auf den Ersten Weltkrieg, in dem «die internationale Solidarität auf wirtschaftlichem Gebiet in die Brüche gegangen» sei. Anschliessend scheiterte die beabsichtigte Rekonstruktion des robusten Vorkriegs-Goldstandards definitiv im konjunkturellen Wellental der Grossen Weltwirtschaftskrise. Einzelne, insbesondere verschuldete Staaten sahen sich gezwungen, «Transfermoratorien und Devisenmassnahmen zu ergreifen, durch welche die freie Ausfuhr von Gold, Devisen und eigenen Zahlungsmitteln verboten und deren Verkehr unter Kontrolle gestellt wurde»<sup>22</sup>. Die Gläubigerstaaten und insbesondere die Schweiz mit ihrer starken Politik des Nicht-Interventionismus andererseits mussten, wiewohl sie Staatseingriffen im Prinzip ablehnend gegenüberstanden, «Abwehrmassnahmen ergreifen, um dadurch die nachteiligen Folgen der ausländischen Devisenmassnahmen auf ihre Volkswirtschaft zu beschränken. Diese Eingriffe haben in den letzten 15 Jahren dazu geführt, dass der Zahlungsverkehr zerfiel und in eine Reihe zusammenhangloser, ihrem eigenen Schicksal unterliegender Blocks aufgespalten wurde»<sup>23</sup>. Aufgrund der Funktionalisierung der Währung für rüstungs- und kriegswirtschaftliche Zielsetzungen in vielen europäischen Ländern kam es dann nach 1939 zu einer «nahezu vollständigen Lahmlegung der normalen internationalen Kapitalströme», zu nicht weiter bezifferten «Kapitalverlusten auf dem schweizerischen Auslandvermögen» und zu einem «Kapitalverschleiss von unvorstellbarem Ausmass»<sup>24</sup>. Doch sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg verstand es die Schweiz, trotz negativen Entwicklungen einen komparativen Vorteil gegenüber dem währungs-technisch weit stärker handicapierten Ausland zu realisieren; «schon während des zweiten Weltkrieges» veränderten sich, so etwa das Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, die Vorzeichen dieser Entwicklung

20 *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*, Hg. Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, Bern 1955, Bd. 2, Stichwort «internationale Kapitalbewegungen», S. 4.

21 Do., S. 3f.

22 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, S. 560.

23 Do. Vgl. auch: Curt Vannini: *Der zwischenstaatliche Clearingverkehr der Schweiz in den Jahren 1931–1934*, Bern (Dissertation) 1943; Doris Karmin: *La politique commerciale suisse de 1932 à 1939, contingents et accords de clearing*, Genf 1943; Eugen Roesle: *Die Finanzforderungen im schweizerisch-deutschen Verrechnungsverkehr*, Basel 1944.

24 *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*, Stichwort Kapitalbildung, S. 4 und 10f.

wiederum und es kam «für die Schweiz wiederum eine Periode gesteigerter Kapitalexporte», die rasch «ein selbst die früheren Hochkonjunkturjahre kennzeichnendes Mass» übersteigen sollte<sup>25</sup>.

Der summarische 4-Punkte-*tours d'horizon* über verschiedene und durchaus relevante Facetten der «Finanzbeziehungen» zeigt, dass die Insider-Experten ihren Sachverstand damals auch dafür einsetzten, die heiklen Probleme und strittigen Fragen zu eskamotieren. Das wird etwa deutlich bei der Ausklammerung der sogenannten «Clearingmilliarde», beim beredten Schweigen über die Raubgoldgeschäfte mit dem «Dritten Reich» und über Nazi-Fluchtkapitalien<sup>26</sup>. Auch über die Genese der «nachrichtenlosen Vermögen» wird kein Wort verloren.

Im referierten Forschungsstand vermischten sich noch auf Affirmation des tradierten Geschichtsbildes angelegtes Wissen von Insidern mit Spezialstudien zu Einzelaspekten, die im fachtechnischen Duktus verfasst waren. So stellte Georg Kreis 1975 zu Recht das Fehlen von wissenschaftlich fundierten, auf Quellen basierenden Studien zur Geschichte der Finanzbeziehungen fest<sup>27</sup>. Doch inzwischen hatte sich ein intellektueller Gärungsprozess bemerkbar gemacht, der auch dem traditionellen Geschichtsbild der Schweiz zusetzte. Zudem wurden mit der im Oktober 1974 erfolgten Verkürzung der Sperrfristen im schweizerischen Bundesarchiv auf 35 Jahre wichtige Quellen für die Zeit bis 1949 für die Forschung unmittelbar zugänglich. Mehr als 20 Jahre nach dem Statement von Kreis gelangte Linus von Castelmur 1997 zum Befund, «die Geschichte der schweizerischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg» sei «gut erforscht»; er fügte aber einschränkend bei, eine «umfassende Synthese» liege bisher nicht vor<sup>28</sup>.

### 3. Kritische Infragestellung des Mythos Schweiz seit den 60er Jahren

Einem Innovationsmuster entsprechend, das die Schweizer Geschichte insgesamt prägt, entstanden einige wichtige Arbeiten zunächst ausserhalb

25 *Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, S. 302.

26 Dazu existiert eine frühe Studie von Hans W. Leuzinger: *Die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz und ihre statistische Erfassung auf Grund des Abkommens von Washington vom 25. 5. 1946 und des Ablösungsabkommens vom 26. 8. 1952*, Winterthur 1960.

27 Georg Kreis: «Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Bilanz und historischer Überblick nach dreissig Jahren», in: *La seconda guerra mondiale nella prospettiva storica a trent'anni dall'epilogo*, Como 1975, S. 219–240.

28 Linus von Castelmur: «Aspekte der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», in: *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Forschungsstand, Kontroversen, offene Fragen*, Hg. Hans Werner Tobler, Zürich 1997, S. 23f.; in seiner Dissertation: *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg*, Zürich 1992, bemerkt von Castelmur noch, die entsprechenden Arbeiten hätten «grosse Fortschritte erzielt» (S. 11).

der universitären Geschichtswissenschaft. So hatte die 1968 veröffentlichte Studie «Das heimliche Imperium» von Lorenz Stucki (dem Sohn des Ministers Walter O. Stucki) einen nachhaltigen *impact* auf die Diskussion um den schweizerischen Finanzplatz. Stucki geht der Frage nach, «wie die Schweiz reich wurde», und beansprucht zu Recht, diesen Aspekt der Schweizer Geschichte erstmals zu erhellen. «Während die europäischen Seemächte ihre Kolonialreiche errichteten, bauten die schweizerischen Pioniere als abenteuerlustige und geschäftstüchtige Kaufleute und als Gründer von anfangs winzigen Industrieunternehmen still und heimlich ein weltwirtschaftliches Imperium auf. Über diesem Imperium wehten keine Schweizer Fahnen, keine Schweizer Kanonenboote sicherten seine Exportmärkte und Handelsbeziehungen – und gerade aus diesem Grund konnte ihm auch die Entkolonialisierung der letzten Jahrzehnte nur wenig anhaben.»<sup>29</sup> Stucki erklärt dann, «wir Heutigen» könnten «uns den edlen intellektuellen Idealismus keinesfalls leisten, wenn nicht die Vorväter die Ärmel hochgekrempt und mit mehr oder weniger schmutzigen Händen sowohl Geld gerafft als auch die Fundamente der modernen Welt geschaffen hätten»<sup>30</sup>. Der Autor will mit seinen Recherchen zeigen, dass «die Geschichte des schweizerischen 'Imperialismus'» nicht «aus dem Bankgeheimnis, das Fluchtkapital von Steuerhinterziehern und Schiebern aller Welt anlockt» erklärt werden kann, sondern auf die enormen Summen ausserhalb der Landesgrenzen investierten Schweizer Kapitals zurückgeht<sup>31</sup>. Er zeichnet die Geschichte des Kapitalexports und insbesondere der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland nach und weist auf die katalytische Rolle des Ersten Weltkriegs für die «Produktionsverlagerungen ins Ausland» hin. Nach dem Ersten Weltkrieg musste dann die «Oberklasse» im durch Revolutionen erschütterten Europa wiederum Rückschläge einstecken, sanken doch die entsprechenden Kapitalguthaben «von früher acht Milliarden auf zweieinhalb Milliarden Franken»<sup>32</sup>. Diese einschneidende wirtschaftliche Verlufterfahrung amalgamierte mit dem Generalstreiktrauma und verfestigte eine mentale Disposition, die während der kommenden beiden Jahrzehnte die schweizerische Innenpolitik nachhaltig prägen sollte. Es werden dann die Schwierigkeiten der Zwischenkriegszeit beschrieben; die «Behinderung, teilweise beinahe Verstaatlichung des internationalen Handels und Geldverkehrs» habe vor allem der exportabhängigen Schweiz stark zugesetzt. Der Zweite Welt-

29 Lorenz Stucki: *Das heimliche Imperium. Wie die Schweiz reich wurde. Ein erstmals beschriebener Aspekt der Schweizer Geschichte*, Zürich 1968, S. 9f.

30 Do. S. 11.

31 Do. S. 9ff.

32 Do. S. 318.

krieg habe anschliessend die privatwirtschaftliche «Abhängigkeit vom Staat» verschärft; gleichzeitig ging die Schweiz als «Insel des Friedens» wie schon zwischen 1914 und 1918 auch diesmal als «'Kriegsgewinnler'» aus der Katastrophe hervor. Der «grosse Vorsprung der unversehrten Schweiz gegenüber fast allen europäischen Ländern» hätte sich nach 1945, als ein weiterer Internationalisierungsschub einsetzte, schnell auflösen können. Doch die Schweizer «freuten sich nicht, sondern der Wohlstand in einem verarmten Kontinent erweckte eher Schuldgefühle und trieb die Schweizer in vermehrte Anstrengungen und vermehrtes Sparen als bewährte Heilmittel gegen das schlechte Gewissen». So konnten sie im Windschatten einer internationalen Handelsliberalisierung aus der Defensive heraustreten und nach einer jahrzehntelangen Krise «ihr Reich mehr oder weniger erfolgreich» mit Hilfe des Staates verteidigen<sup>33</sup>. In den folgenden Jahrzehnten seien «schweizerische Fabriken» «ungleich langsamer» gewachsen «als die Firmen, die bald in ihren Tochtergesellschaften viel mehr Arbeitskräfte beschäftigten als im Inland»<sup>34</sup>. Die schweizerischen Unternehmen waren jedoch auf dem Weltmarkt «höchstens mittelgross», doch «sie haben gegenüber europäischen Konkurrenten, die (...) mit Krediten vielfach fast von null neu anfangen mussten, den Vorteil grosser Kapitalreserven und einer relativ starken Eigenfinanzierung, und sie können sich auf die in mehr als einem halben Jahrhundert aufgebaute Position in der Welt stützen»<sup>35</sup>. Es ist bezeichnend, dass die Thematik zunächst von Historikern kaum aufgegriffen wurde. Die Fortsetzung dieser Analyse lieferte vielmehr der Zürcher Soziologe François Höpflinger, der 1977 eine empirische Untersuchung veröffentlichte, die mit dem Titel «Das unheimliche Imperium» auf Stucki Bezug nahm und die vor allem den Primat der Aussenwirtschaft betonte<sup>36</sup>. Weil die «grossen und finanzkräftigen Privatorganisationen (...) ausserhalb demokratischer Kontrolle stehen», beruht «der Erfolg der schweizerischen Wirtschaft (...) zu einem grossen Teil darauf, dass es dem schweizerischen Bürgertum gelungen ist, innerhalb des internationalen Kapitalismus wichtige Vertrauenspositionen zu besetzen – sei es als zuverlässiger Zulieferer von Investitionsgütern für Unternehmer, sei es als diskreter Verwalter von Finanzgeschäften aus aller Welt»<sup>37</sup>. Ohne auf mögliche Langzeitwirkungen des Zweiten Weltkriegs einzugehen, betont Höpflinger, «die eigentliche Epoche multinationaler

33 Do. S. 328f.

34 Do. S. 257.

35 Do. S. 333.

36 François Höpflinger: *Das unheimliche Imperium. Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz*, Zürich 1977; vgl. auch: Silvio Borner, Felix Wehrle: *Die Sechste Schweiz. Überleben auf dem Weltmarkt*, Zürich 1984.

37 Höpflinger: *Das unheimliche Imperium*, S. 12.

Expansion der Grosskonzerne» sei erst «nach dem Zweiten Weltkrieg» angebrochen<sup>38</sup>.

Die Geschichtswissenschaft setzte sich kaum kritisch mit solchen Studien auseinander. Sie war noch bis in die 70er Jahre hinein primär an anderen Fragestellungen interessiert. Der «Bonjour-Bericht»<sup>39</sup> brachte diesbezüglich keine Wende. Die beeindruckend breite, jedoch insgesamt stark die Quellen paraphrasierende Untersuchung Edgar Bonjours nahm zwar einige markante (Neu-)Wertungen von wichtigen Protagonisten der schweizerischen Innenpolitik vor. Die aussenwirtschaftliche Thematik wurde hingegen auf Sparflamme behandelt. Ausführlicher zur Sprache kommt die sogenannte «Clearingmilliarde», die nach dem Sommer 1940 durch den Kredithunger des Nazi-Regimes sukzessive bewilligt worden war. Es handelte sich dabei um Kredite, die der Bund im Rahmen des Verrechnungsabkommens von 1934 an das «Dritte Reich» gewährte und die vor allem im unmittelbaren Vorfeld des Angriffs der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Sommer 1941 massiv auf 850 Millionen Franken aufgestockt wurden. Bei Kriegsende beliefen sich die entsprechenden Vorschüsse auf 1119 Millionen Franken, was etwas mehr als ein Viertel des Gesamtbetrages des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs von ca. 4,3 Milliarden Franken ausmachte. Bonjour interpretiert diese mit Neutralitätspolitischen Maximen nicht konforme Kreditierung allerdings zurückhaltend. Sicher haben die Imperative der Landesversorgung hier eine Rolle gespielt – doch die Tatsache, dass die Wehrmacht sich damit vor allem begehrte Waffen, Rüstungsgüter und Kriegsmaterial aus der Schweiz beschaffen konnte, wird nur indirekt erwähnt<sup>40</sup>. Im 6. Band behandelt er zwar die Wirtschaftskriegsführung der Alliierten, streift aber die Finanzbeziehungen nur am Rande.

Bonjours Studie kreiste noch stark um die Frage der Neutralität und damit um eine spezifisch schweizerische Problematik. Doch in der Folge setzte sich eine Transnationalisierung der Fragestellungen durch. Einen Markstein bildete Daniel Bourgeois' Dissertation «Le Troisième Reich et la Suisse», welche die enge Synchronisation der real- und finanzwirtschaftlichen Aussenbeziehungen der Schweiz mit dem Nazi-Regime zwischen 1933 und 1941 dokumentierte<sup>41</sup>. Im darauffolgenden Jahrzehnt rollte die Forschung in diesem Bereich nach und nach an. Ab den 1980er

38 Do. S. 14.

39 Als «Bonjour-Bericht» werden in der Regel die 1970 veröffentlichten, den Zeitraum 1933 bis 1945 umfassenden Bände 3 bis 6 der «Geschichte der schweizerischen Neutralität» bezeichnet. Dazu kamen bis 1975 noch drei Bände mit Quellen.

40 Edgar Bonjour: *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. VI, Basel/Stuttgart 1970, S. 224 und 232f.

41 Bourgeois: *Le Troisième Reich et la Suisse*.

Jahren erhellten hier zunächst Band 3 der 1983 erschienenen «Geschichte der Schweiz – und der Schweizer» und eine Reihe wissenschaftlicher Publikationen verschiedene empirische Dunkelzonen. In Fortsetzung der Argumentation Roland Ruffieux', der für die Jahrhundertwende einen «Bank- und Börsenimperialismus» und einen über Unternehmensbeteiligungen realisierten «verdeckten Kolonialismus» konstatierte und die «Drehscheibenfunktion der Schweiz als Finanzzentrum und Steueroase»<sup>42</sup> hervorhob, bezeichnete Hans Ulrich Jost den «stabilen Franken» als «Staatsheiligtum», dem andere volkswirtschaftliche Interessen geopfert wurden: «Das Finanz- und Bankwesen spielte für den Verlauf der Krise eine massgebliche Rolle. Einerseits war die Schweiz als internationaler Finanzplatz direkt von den Zusammenbrüchen der ausländischen Banken betroffen; andererseits wurde die Krisen- und Währungspolitik weitgehend von den Interessen des Finanzkapitals und des Finanzplatzes Schweiz bestimmt.»<sup>43</sup> Josts Befund deckt sich in der Kernaussage mit den Resultaten, zu denen Gérard Arlettaz in seinem Aufsatz «Crise et déflation. Le primat des intérêts financiers en Suisse au début des années 1930»<sup>44</sup> gelangte. Auch bankwirtschaftliche Autoren betonten die Stärke der schweizerischen Währung für den Expansionskurs des schweizerischen Bankensystems; der Franken sei «wegen der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Stabilität unseres Landes und des hohen Standes des schweizerischen Bankwesens im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zu einer immer beliebteren Anlagewährung geworden»<sup>45</sup>.

Jost setzte den Schwerpunkt seiner Analyse auf die Kooperation des helvetischen Finanzplatzes mit Deutschland und analysiert zusammenfassend die Rolle der «Schweiz als zentraler Gold- und Devisenumschlagplatz» und erwähnt insbesondere die «moralisch bedenklichen» Raubgoldübernahmen aus und die Gewährung eines Clearingdarlehens an Deutschland<sup>46</sup>. Abschliessend hält er für 1983 mit guten Gründen fest: «Dass im übrigen gerade dieser Gold- und Devisenhandel von der schweizerischen Historiographie kaum aufgenommen wurde, weist auf die unkritische Haltung dieser Wissenschaft in der Schweiz wie auch auf eine gewisse Tendenz zur Vergangenheitsverschleierung hin.» In der Grundtendenz wird diese Analyse von Werner Rings, Jakob Tanner und Markus

42 Roland Ruffieux: «Die Schweiz des Freisinns (1848–1914)», in: *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer*, Bd. 3, Basel 1983, S. 82f.

43 Hans-Ulrich Jost: «Bedrohung und Enge (1914–1945)», in: Do. S. 149.

44 Gérard Arlettaz: «Crise et déflation. Le primat des intérêts financiers en Suisse au début des années 1930», in: *Relations internationales* Nr. 30 (1982).

45 Jean-Paul Chapuis: «Die Schweizer Banken im internationalen Vergleich», in: Hans J. Halbheer, Ernst Kilgus (Hg.): *Der Finanzplatz Schweiz und seine Bedeutung aus nationaler und internationaler Sicht*, Bern 1985, S. 77.

46 Jost: *Bedrohung und Enge*, S. 173.

Heiniger geteilt. Werner Rings vermittelte 1985 mit seiner Publikation «Raubgold aus Deutschland» eine ganze Reihe wichtiger Einsichten in die Zusammenhänge zwischen Finanzplatz, «Golddrehscheibe» und «unsichtbarem Weltreich» und bezog auch die Kapitalflucht aus Deutschland mit ein, die «auf dem Wege komplizierter, undurchsichtiger Kapitalverflechtungen» auch über die Schweiz abgewickelt wurde<sup>47</sup>. Jakob Tanner analysiert in der 1986 veröffentlichten Dissertation die «Parallelschaltung von Finanz- und Geldpolitik unter den Auspizien einer traditionell auf die Härte des Franken und die Sicherung des Finanzplatzes Schweiz orientierten Währungspolitik» und zeigt, wie die Schweiz zur «Zielzone von Kapitalrepatriierungen, Fluchtkapitalbewegungen, Goldverschiebungen und weiteren Finanztransaktionen» wurde<sup>48</sup>. Markus Heiniger verfolgt diese These weiter in seiner auf das Verhältnis der Schweiz zu den Achsenmächten focussierenden Überblicksstudie «Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde»<sup>49</sup>. Im Kapitel «Wechselstube» geht der Autor den Gründen nach, die das Florieren des helvetischen Finanzplatzes gerade unter Kriegsbedingungen gewährleistet haben, und zeigt, wie erst eine «konsequente Finanzblockade und massiver Druck der Alliierten (...) die Schweizer Behörden bei Kriegsende zu Einschränkungen der zuvor fast grenzenlosen Bankenfreiheit» gezwungen haben<sup>50</sup>.

#### **4. Neuere Studien zu den Finanzbeziehungen der Schweiz zu den Alliierten**

Mit der 1984 publizierte Dissertation von Marco Durrer über «die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen» fand dann eine Perspektivenverlagerung von den Achsenmächten hin zu den Alliierten statt, die durch die beiden 1991 bzw. 1992 erschienenen Studien von Oswald Inglin und Linus von Castelmur noch akzentuiert wurde<sup>51</sup>.

Die Finanzbeziehungen, welche die Schweiz mit den USA unterhielt, zählten für Durrer «zu den wichtigsten schweizerischen Problemen im Zweiten Weltkrieg», weil für den neutralen Kleinstaat «die Bankenpolitik, die Kapitalschutz- und Währungspolitik und die aussenwirtschaftliche

47 Rings: *Raubgold aus Deutschland*, S. 189.

48 Tanner: *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft*, S. 298f.

49 Heiniger: *Dreizehn Gründe*.

50 Do. S. 126.

51 Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen*; Oswald Inglin: *Der stille Krieg. Der Wirtschaftskrieg zwischen Grossbritannien und der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1991; von Castelmur: *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*.

Unabhängigkeit auf dem Spiel» gestanden habe<sup>52</sup>. Der Autor zeigt, welche Auswirkungen die amerikanische Guthabensperre vom 14. Juni 1941 auf die Schweiz hatte, wie sie die währungs- und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen veränderte und er konstatiert eine Koppelung von militärischem Frontverlauf und Blockadeführung: «In dem Masse wie die Alliierten auf dem Schlachtfeld mehr Erfolg und die Achsenmächte entsprechend weniger Druckmittel gegenüber den Neutralen in der Hand hatten, verhärtete sich die alliierte Haltung gegenüber den Neutralen.»<sup>53</sup> Die amerikanische Regierung hatte allerdings «immer wieder Trümpfe gegen die Schweiz in der Hand», die sie «jedoch nicht ausspielte». So «blieben Drohungen oder Repressalien gegen die Schweiz – etwa der Entzug der Generallizenz Nr. 50, der Exportlizenzen für Rohmaterialien und Nahrungsmittel oder die Aufnahme der Schweizerbanken in die Schwarze Liste – aus»<sup>54</sup>.

Durrer beschreibt weiter die Washingtoner Mission schweizerischer Bankiers, welche den «im privaten Bankgeschäft oft sehr wirksamen persönlichen Kontakt und die guten Beziehungen der schweizerischen Bankiers zur amerikanischen Privatwirtschaft und zur Regierung» valorisieren sollte und die «mit der Unterstützung des schweizerischen Aussenministers rechnen» konnte<sup>55</sup>. Aufgrund beträchtlicher Interessendivergenzen kam es dann allerdings nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg), der Nationalbank und der Bundesbehörden, und als die diplomatisch eingebettete SBVg-Delegation schliesslich nach einem halben Jahr Vorbereitungszeit im Oktober 1944 die Gespräche mit dem «Department of Treasury» aufnahm, war der Zweite Weltkrieg in eine Phase eingetreten, in welcher der alliierte Wirtschaftskrieg gegen die neutrale Schweiz nochmals verschärft wurde. Die zwischen dem 12. Februar und dem 8. März 1945 in Bern zwischen der Schweiz und einer alliierten Delegation stattfindenden Wirtschafts- (bzw. Currie-) Verhandlungen unterlagen dieser härteren Gangart. Vier Tage nach Verhandlungsbeginn gab die Bundeskanzlei die sofortige Sperre der in der Schweiz liegenden deutschen Guthaben bekannt. Erst anfangs März konnte sich (wie Klaus Urner in seinem Aufsatz über «Neutralität und Wirtschaftskrieg» festhält) die Schweiz auch für die Einschränkung des schwunghaften Notenhandels mit Nazi-Deutschland aufraffen<sup>56</sup>. Durrer

52 Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen*, S. 12.

53 Do. S. 311. Vgl. auch: Inglin: *Der stille Krieg*.

54 Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen*, S. 116.

55 Do. S. 167 und 169.

56 Klaus Urner: «Neutralität und Wirtschaftskrieg: zur schweizerischen Aussenhandelspolitik 1939–1945», in: Rudolf Bindschedler u.a. (Hg.): *Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel 1985, S. 250–292.



zeigt, wie in diesen entscheidenden Verhandlungsphasen Minister Walter O. Stucki «in den Vordergrund» trat: «Die Koordinationsarbeit im schweizerischen Lager war Stuckis Sache. Er hielt die Fäden zwischen dem Bundesrat, der erweiterten Verhandlungskommission und der mit den Alliierten in direktem Kontakt stehenden schweizerischen Verhandlungsdelegation in der Hand» und setzte sich «gegen eine in namhaften Kreisen der schweizerischen Wirtschaft verbreitete Opposition durch»<sup>57</sup>. Durrer stellt fest, «dass die Massnahmen im Finanz- bzw. 'Safehaven'-Sektor, d.h. die Ausscheidung des Schweizerbesitzes in den USA, die Blockierung der deutschen Guthaben in der Schweiz und die Einschränkung bzw. Einstellung des Handels mit Gold und fremden Noten, ohne die Currie-Verhandlungen kaum denkbar sind»<sup>58</sup>. Die prägnante Formulierung Curries vom 5. März, die Schweiz habe «kapituliert», geht, wie der Autor weiter zeigt, an den nach wie vor beträchtlichen Handlungsspielräumen und der listenreichen Taktik des neutralen Landes vorbei. Das Zugeständnis, die Käufe deutschen Goldes einzustellen, wurde von der Schweiz so flexibel gehandhabt (so kam es noch im April 1945 zu Goldtransporten über die Grenze)<sup>59</sup>, dass umgehend ein Streit um die Verletzung bzw. Einhaltung des Currie-Abkommens entbrannte<sup>60</sup>. Auch bei der Zertifizierung der schweizerischen Vermögenswerte in den USA und bei Inventarisierung der ausländischen Guthaben in der Schweiz profitierte die Schweiz von Realisierungsschwierigkeiten und den fehlenden zeitlichen Vorgaben. Nachdem Stucki die deutschen Guthaben vorerst auf rund eine Milliarde Franken geschätzt hatte, gab die Verrechnungsstelle im Zwischenbericht vom 14. November 1945 eine Inventarisierungssumme von insgesamt 767 Millionen Franken, davon 371 deutsche Vermögenswerte, bekannt<sup>61</sup>.

Die am 18. März 1946 beginnenden Viermächte-Verhandlungen in Washington, die durch das Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946 abgeschlossen wurden, markierten das Ende des alliierten und insbesondere amerikanischen Wirtschaftskrieges gegen die Schweiz, die damit in die Nachkriegszeit eintrat<sup>62</sup>. Diese Übergangsphase, die am Schluss der Studie von Durrer analysiert wird, bildet zugleich den Auftakt der Dissertation Linus von Castelmurs über die «Schweizerisch-alliierten Finanzbeziehungen» zwischen 1945 und 1952. Im Zentrum der Washingtoner Ver-

57 Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen*, S. 194.

58 Do. S. 212.

59 Do. S. 224ff.

60 Do. S. 224ff.

61 Do. S. 245.

62 Eine erste Studie dazu hat Daniel Frei bereits Ende der 60er Jahre verfasst. Daniel Frei: «Das Washingtoner Abkommen von 1946. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg», in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 1969, S. 567–619.

handlungen standen die Raubgoldgeschäfte der Schweizerischen Nationalbank mit der deutschen Reichsbank und die deutschen Guthaben und Vermögenswerte in der Schweiz. Ausgeprägter als noch bei Durrer findet sich bei Castelmur ein Sensorium für die dramatische Choreographie der «peripetienreichen Verhandlungen», in deren Verlauf es zu taktischen Winkelzügen, zu «unerwarteten Hindernissen», zu «Schuldzuweisungen», «eskalierenden Kraftproben», zum Auspielen von «Trumpfkarten» kam<sup>63</sup>. Die Schweiz erklärte sich schliesslich bereit, zur «Regelung der Goldfrage», allerdings ohne Anerkennung einer Verantwortung, 250 Millionen Franken an den Tripartiten Goldfonds der Westalliierten für den konzertierten Wiederaufbau Europas zu leisten. Was die Liquidation deutscher Vermögenswerte in der Schweiz betrifft, so einigte man sich auf eine hälftige Teilung: 50% war den alliierten Regierungen zu Wiederaufbauzwecken zu überweisen, 50% standen dem Bundesrat zur freien Verfügung und konnten für Entschädigungen an deutsche Eigentümer verwendet werden<sup>64</sup>. Im Gegenzug erreichte die Schweiz die Aufhebung des *freezing* auf schweizerischen Vermögenswerten in den USA und das Ende des *black-listing* gegenüber Schweizer Unternehmen<sup>65</sup>. Was Castelmur noch nicht erwähnt, ist eine geheimgehaltene und dann nicht eingehaltene Verpflichtung der Schweiz, im Zuge der Vermögensinventarisierung auch «die in der Schweiz vorhandenen Guthaben von verstorbenen und erbenlosen Nazi-Opfern» ausfindig zu machen<sup>66</sup>. Der Widerstand gegen diese Restitutionsmassnahme, der primär von den Banken ausging, bildete den Auftakt zu jener Geschichte der «nachrichtenlosen Vermögen», die inzwischen zum internationalen Skandalon geworden ist<sup>67</sup>.

Castelmur konzentriert seine Untersuchung in der Folge auf das «Die-Zeit-Arbeiten-Lassen», welches die Schweiz auf dem «Weg zur Ablösung des Abkommens von Washington unter Einbezug der Bundesregierung» im Zeichen des Kalten Krieges einschlug<sup>68</sup>. Das Blatt hatte sich nun auch insofern zugunsten der Schweiz gewendet, als in den USA ein politischer Paradigmawechsel stattgefunden hatte und die gegen das Nazi-Regime gerichtete Safehaven-Doktrin durch eine neue Orientierung substituiert wurde, die sich unter den Stichworten «Marshall-Plan», Containment und

63 von Castelmur: *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, S. 49ff.

64 Do. S. 90ff.

65 Vgl. dazu auch: Inglin: *Der stille Krieg*.

66 Eine erste Übersicht bietet Sebastian Speich: «Arroganz, Geheimniskrämerei und Antikommunismus», in: ders. u. a. (Hg.): *Die Schweiz am Pranger. Banken, Bosse und die Nazis*, Wien/Frankfurt a.M. 1997, S. 238.

67 Peter Hug, Marc Perrenoud: *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten*. Bericht über historische Abklärungen (erstellt im Auftrag des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten), Bern 1996.

68 von Castelmur: *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, S. 305ff. und 410.

westdeutsche Währungsreform zusammenfassen lässt und dem prominente Exponenten der alten Konfiskations- und Restitutionspolitik zum Opfer fielen («McCarthyismus» in den USA). Auf Bonner Vorschlag kam es nun zu einer «Verbindung der Frage der deutschen Auslandswerte mit den deutschen Auslandsschulden», die von Castelmur als «seltenen Glücksfall» für die Schweizer Behörden bezeichnet<sup>69</sup>. Insgesamt kann das Zustandekommen dieser Abkommen als Erfolgsgeschichte gewertet werden. Gegen eine Zahlung im Betrag von 121,5 Millionen Franken verzichteten die alliierten Vertragspartner auf die Rechte, die sie im Abkommen von Washington im Bereich «deutsche Vermögen» ausgehandelt hatten. Die Schweiz stärkte damit ihren Nimbus als eines berechenbaren und unannehmbaren Fluchtkapital-*stronghold*, konnte sie sich doch damit brüsten, «die Guthaben der deutschen Besitzer nicht angetastet zu haben», und tatsächlich wurden über 80% aller Besitzer ohne Einbussen aus dem Abkommen entlassen<sup>70</sup>. Im Gegenzug erreichten die helvetischen Unterhändler eine 650-Millionen-Franken-Teilrückzahlung der schweizerischen Staatsforderung, der sogenannten «Clearingmilliarde», was «um so ansehnlicher (war), als in der Schweiz nach dem Krieg weite Kreise diesen unglücklichen Vorschuss bereits abgeschrieben hatten»<sup>71</sup>. Von Castelmur situiert diese Geschichte, in der sich Verhandlungspoker und Staatsmoral ein paradoxes Stelldichein gaben, vor dem Hintergrund eines «schmerzhaften Normalisierungsprozesses», im Gefolge dessen es der Schweiz in einer Ära sich verschärfender Blockkonfrontation gelang, einerseits die «Isolierung in der Weltgemeinschaft» zu überwinden und andererseits ihre Rolle als Sonderfall weiterzuspielen.

Grundlegende Daten und Erklärungsansätze für die Analyse von internationalen Finanzbeziehungen bietet Marc Perrenouds Studie über «*Banques et diplomatie suisse*», die 1988 erschien. Der Autor legt eine Statistik schweizerischer Investitionen im Ausland und ausländischer Vermögenswerte in der Schweiz vor, die zeigt, dass «die Angelsachen in finanzieller Hinsicht über das grössere Druckmittel verfügten als die Achsenmächte». Denn vom geschätzten Totalvolumen von 12,5 bis 17,7 Milliarden Franken befanden sich 5 bis 6 Milliarden allein in den USA bzw. in Kanada und nur 2,4 bis 4 Milliarden in Deutschland<sup>72</sup>. Aufgrund der Politisierung der grenzüberschreitenden Finanzbeziehungen und des zunehmenden Bedarfs an einer (Gegen-)Regulation kam es zu einer engen Verquickung «zwischen der öffentlichen Hand und den Finanzinstituten während der

69 Do.

70 Do. S. 407.

71 Do.

72 Perrenoud: *Banques et diplomatie suisse*, S. 41.

40er Jahre». Die «Verteidigung der privaten Interessen im Ausland» stieg zu einer wichtigen Aufgabe der schweizerischen Aussenpolitik auf<sup>73</sup>. Perrenoud geht dann wie Durrer vor und von Castelmur nach ihm auf den Zusammenhang zwischen diplomatischer *performance* der «Finanzbeziehungen» und dem strategischen Kräfteverhältnis im Weltkrieg ein und bringt die politisch-kommerzielle Allianz in der Schweiz in einen Zusammenhang mit der zunehmenden Wirksamkeit der alliierten Blockadepolitik gegenüber den Achsenmächten<sup>74</sup>. Wie dann auch nach dem Krieg ging es schon seit 1943 um eine Politik des Zeitgewinns, die zugleich eine im Endeffekt erfolgreiche Strategie der Schadensbegrenzung war. Oder in den Worten von Robert Kohli vom 13. Oktober 1943 anlässlich der Vorbereitung einer nach London abreisenden Bankendelegation: «Toute la politique de la délégation consistera à gagner du temps.»<sup>75</sup>

## 5. Kontroversen und Interpretationsprobleme

Nach diesem Überblick über einige wichtige historische Untersuchungen, die sich primär mit Finanzbeziehungen befassen, folgt nun eine auf zwei wichtige Kontroversen focussierte Rekapitulation von Argumenten.

*Erstens* drehen sich die Überlegungen um die moralische und sicherheitspolitische Angemessenheit der Neutralität schweizerischen Zuschnitts. Dass die Schweiz nach 1940 in eine neutralitätspolitisch heikle Lage hineinmanöveriert wurde, haben mehrere Autoren gezeigt; die Finanzbeziehungen waren nur ein Aspekt dieser «bedrängten Lage» (wie Linus von Castelmur schreibt)<sup>76</sup>. «Das Modell einer wirtschafts- und finanzpolitischen Äquidistanz zu beiden Lagern konnte im totalen Krieg allerdings nicht aufrechterhalten werden», konstatiert derselbe Autor, um dann zu zeigen, wie die Schweiz zwischen Sommer 1940 und anfangs 1944 *nolens volens* ins «Schwerefeld Deutschlands» geriet. Gian Trepp spitzt diese Aussage zu und formuliert auf hohem Plausibilitätsniveau die These, der Wirtschaftsliberalismus, den die Schweiz für Devisen und Gold aufrecht erhalten habe, sei «zwar im Prinzip mit der Doktrin der bewaffneten Neutralität kompatibel» gewesen, «realpolitisch» seien es jedoch vor allem die Achsenmächte gewesen, die vom ungehinderten Zugang zu einer konvertiblen Hartwährung profitiert hätten. «Vor diesem Hintergrund kann der bundesrätliche Verzicht auf Devisenkontrollen als neutralitätswidrige Begünstigung der wirtschaftlichen Kollaboration mit Nazi-

73 Do. S. 125.

74 Do. S. 75ff.

75 Do. S. 79.

76 von Castelmur: *Aspekte der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen*, S. 23.

Deutschland interpretiert werden»<sup>77</sup>. Werner Rings, der einen längerfristigen Zeitraum und damit auch kompensatorische Massnahmen nach der alliierten Seite in Betracht zieht, betont hingegen die rationalen Motive für die Einhaltung von Neutralitätsverpflichtungen von seiten der Schweiz. Es hätte, so dieser Autor bei der Analyse der pragmatischen Voraussetzungen der schweizerischen Aussenpolitik, keine Gründe für die «Bevorzugung der einen oder andern Kriegspartei» gegeben, sondern die auf Wahrung der Eigeninteressen abzielende Staatsräson hätte sich am besten mit einer «Politik absoluter Neutralität» vertragen. Um so pointierter formuliert Rings sein «moralisches Unbehagen» in jenen Fällen, wo eine «zweifelhafte Partnerschaft», eine «verwerfliche Kumpanei mit einer unmenschlichen Diktatur» oder «eine manchmal geradezu konspirative Zusammenarbeit mit einem Regime, das der schweizerischen Eidgenossenschaft und ihrer Staatsauffassung feindlich gesinnt war»<sup>78</sup>, zum Vorschein kam.

Damit ist auch die Frage nach den Spielräumen der Neutralitätspolitik und nach den Kriterien, mit denen Neutralitätsverletzungen im Bereich der Finanzbeziehungen diagnostiziert werden können, gestellt. Linus von Castelmur verabschiedet sich in seiner Dissertation aus dieser Debatte, indem er bemerkt, es handle sich bei der Neutralität um ein «erklärungschwaches Konzept, das im helvetischen Binnendialog vielfach breitgeschlagen, in der internationalen Forschung jedoch wenig oder gar nicht aufgegriffen worden ist». Zum andern stecke in der «Überprüfung der Neutralitätskonformität (...) eine Rechtfertigungstendenz», weil gerade bei der diffusen Definition einer wirtschaftlichen Neutralität so ziemlich alles durch das «weite Netz des 'Neutralitätsverletzungsrasters'» durchrutsche<sup>79</sup>. Eine andere Position vertritt Peter Hug, der bei der Dynamik normativer Regelsysteme ansetzt, die sich über die Kriegsjahre hinweg verfolgen lässt<sup>80</sup>. Aus dieser Perspektive erscheint die Frage, ob die Schweiz rechtlich die Neutralität eingehalten oder verletzt habe, als zu statisch. In den Brennpunkt des Interesses rückt die Verschiebung des Massstabes, mit dem neutrale Länder beurteilt werden können. Es stellt sich dann die Frage, ob eine normative Begründung der schweizerischen Aussenpolitik auf den Zweckartikel der Bundesverfassung abstellen kann oder ob sich diese auf die UNO-Charta von 1945 und die Menschenrechtserklärungen von 1948 stützen soll. Diese letztgenannten Kodifizierungen, die

77 Gian Trepp: *Der Finanzplatz Schweiz im 2. Weltkrieg. Was wussten und tolerierten die Alliierten?*, Zürich 1997, S. 9f.

78 Rings: *Raubgold*, S. 189 und 191; vgl. auch Heiniger: *Dreizehn Gründe*, S. 118ff.

79 von Castelmur: *Aspekte der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen*, S. 409.

80 Peter Hug: Referat an der Tagung «Schatten des Weltkrieges – eine Standortbestimmung», Hg. Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik, Lenzburg 1997, S. 36ff.

eine Ächtung des Krieges und die universelle Unverletzlichkeit individueller Grundrechte anstreben, gingen aus den Erfahrungen der Kriegskatastrophe hervor und stellten eine Antwort auf das singuläre Verbrechen des Naziregimes, den Holocaust, dar. Verbunden mit dieser Werteentscheidung ist die Frage, ob die Schweiz sich als Opfer einer weltgeschichtlichen Entwicklung begreifen kann oder ob sie sich nicht umgekehrt gerade aufgrund ihrer intensiven internationalen Finanzbeziehungen eine Verstrickung in diese Katastrophe eingestehen muss.

*Zweitens* (und eng damit zusammenhängend) geht es um die Analyse der Finanzbeziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz im europäischen und internationalen Kontext. Zunächst gilt es hier, die alliierten Kriegsziele zu beurteilen und damit die Frage zu stellen, ob die Schweiz die Kriegsanstrengung der Anti-Hitler-Koalition nach 1942/43 nicht mindestens durch eine Nicht-Kooperation mit den Achsenmächten hätte unterstützen sollen<sup>81</sup>. Schliesslich lagen nicht nur Milliardenwerte im alliierten Kontrollbereich, sondern die Überlebensperspektive der *Confoederatio Helvetica* war auf Gedeih und Verderb von einer Niederlage Nazi-Deutschlands abhängig. Für die Zeit nach 1945 konzentriert sich die Diskussion auf die Frage, ob die Schweiz nicht allen Grund gehabt hätte, anstatt gegen die «Machtanmassung der Sieger» ins Feld zu ziehen, sich für eine aktive Partizipation an der neuen Weltordnung zu entscheiden. An diesem Punkt ist aber die Perspektive auch wiederum umzukehren. Dass die Schweiz im Sog des Kalten Krieges ihre angeschlagene Reputation wiederherstellen und den Druck von aussen auf ein Minimum reduzieren konnte, hängt nicht primär mit ihren Konzessionen zusammen, sondern ist darauf zurückzuführen, dass der währungs- und wirtschaftspolitische *mainstream* der neuen «Pax Americana» der Schweiz gleichsam entgegenkam. Infolge des Fehlens international vergleichender Studien und einer nach wie vor dominanten helvetozentrischen Optik wurden diese Vorgänge bisher kaum analysiert. In seinem Überblickswerk über die «Geschichte der Weltwirtschaft» nach 1945 stellt z.B. Herman van der Wee fest, mit ihrer Stabilisierungspolitik habe die Schweiz rasch «die Dollarparität der Vorkriegszeit erreicht, wovon besonders der Finanzsektor profitierte»<sup>82</sup>. In welcher Form dieser «Profit» anfiel, bleibt in den referierten schweizergeschichtlichen Studien unklar. Zudem verlagerte sich das Modell der Kriegsfolgenbewältigung seit den ausgehenden 1940er Jahren international signifikant. Das Londoner Schuldenabkommen von 1953

81 Diese Frage wurde im Zusammenhang mit dem Eizenstat-Bericht erneut diskutiert. Vgl. U.S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II, coord. by Stuart E. Eizenstat: Washington 1997.

82 van der Wee: *Der gebremste Wohlstand*, S. 33.

stellte die Frage der Reparationen und der Entschädigung der Opfer des Naziterrors hinter diejenige der Befriedigung von Deutschlands Vorkriegsgläubigern zurück. Es kam, wie Jörg Fisch in seiner Studie über die «Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg» festhielt, zu einer «eklatanten Diskriminierung der Opfer gegenüber den Geldgebern», zu denen auch schweizerische Gläubiger gehörten, die 1938 immerhin 15% der gesamten deutschen Auslandsschuld besaßen<sup>83</sup>. Der Primat von «Geschäftsschulden» gegenüber «Unrechtsschulden» brachte somit dem helvetischen Finanzplatz ebenfalls beträchtliche finanzielle Vorteile. Offenbar schaffte die Schweiz den Einstieg in das neue Währungssystem von Bretton Woods und den *take-off* in die expandierenden Kapitalmärkte der Nachkriegszeit ohne gravierende Schwierigkeiten. Die Kontroverse, die sich mit dieser Diskrepanz bzw. dieser Komplementarität zwischen einer diskreditierten Neutralität und prosperierenden Finanzbeziehungen befasst, hatte vor 1996 nicht jene Zuspitzung erreicht, die zu neuen, klärenden Forschungsprojekten Anlass geben könnte.

## 6. Evaluation des Kenntnisstandes und Forschungsdesiderata

Die in diesem Überblick erwähnten Untersuchungen haben, was ihre Quellenfundierung anbelangt, eine grosse Menge neuer Erkenntnisse zu Tage befördert. Dennoch ist der Forschungsstand keineswegs befriedigend, was in erster Linie mit dem weitgehenden Fehlen eines theoriegeleiteten Zugangs zu erklären ist. Anstatt die wissenschaftlichen Energien auf «dunkle Punkte» zu bündeln, wäre es zunächst wichtig, die beträchtlichen «weissen Flecken» einer Geschichte der schweizerischen Finanzbeziehungen zu kartographieren. Folgende fünf Fragestellungen scheinen mir besonders vielversprechend für weitere historische Forschungen zu sein.

● *Bankunternehmen und Zahlungsbilanz: die Verschränkung von Mikro- und Makroperspektive:* Aufgrund der desolaten Archivsituation im Bankensektor besteht bis heute ein akuter Mangel an unternehmensgeschichtlichen Untersuchungen. Was vorliegt, sind affirmative Hochglanz-Selbstdarstellungen auf der einen Seite, selektive kritische Reportagen auf der anderen<sup>84</sup>. Es gibt hingegen kaum gesicherte Erkenntnisse über die Kerngeschäfte und die Gewinnquellen bzw. die Risikostruktur der Banken und weiterer Finanzinstitutionen. Über die Relevanz der internationalen Fi-

83 Jörg Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992, S. 120.

84 Anspruchsvoller als die erstgenannte Kategorie ist z.B.: Walter Adolf Jöhr: *Schweizerische Kreditanstalt, 1856–1956. Hundert Jahre im Dienste der schweizerischen Volkswirtschaft*, Zürich 1956; in der zweiten Kategorie: Res Strehle, Gian Trepp, Barbara Weyermann: *Ganz oben – 125 Jahre Schweizerische Bankgesellschaft*, Zürich 1987; einen Ausgangspunkt bietet die solide Studie von Franz Ritzmann: *Die Schweizer Banken*, Bern/Stuttgart 1973.

nanzbeziehungen für das unternehmerische Wachstum kann deshalb nicht viel mehr gesagt werden, als dass dieses beträchtlich war. Aufschlussreich wäre hier vor allem eine Unterteilung in Kapitalbewegungen mit autonomem (Portfolio- und Direktinvestitionen) und induziertem Charakter (Importfinanzierung und Exportkredite). Auch die Einsicht, dass schweizerische Bankinstitute aufgrund innerer Reservenbildung immer wieder massive Verluste abzuschreiben vermochten, bleibt empirisch unterbelichtet. Dasselbe gilt für die Wirkung des mit dem ersten schweizerischen Bankengesetz 1934 rechtlich kodifizierten Bankgeheimnisses<sup>85</sup>.

Auf der anderen Seite des analytischen Spektrums ist die Lage ebenso unbefriedigend. Eine Rekonstruktion der Zahlungsbilanz der Schweiz steht bisher aus. Einige Makrodaten finden sich im Werk von Max Iklé<sup>86</sup>. Was den lang- und kurzfristigen Kapitalverkehr betrifft, so wird es heute allerdings kaum möglich sein, mehr als einige Elemente einer solchen «Bilanz» (die ja aus Strom- und nicht aus Bestandesgrößen besteht und deshalb eher einer Gewinn- und Verlustrechnung gleicht) zusammenzutragen. Doch auch die Geschichte der Anstrengungen, aus verstreuten Datenversatzstücken im In- und Ausland eine Zahlungsbilanzstatistik zu kompilieren, könnte wichtige Erkenntnisse vermitteln. Die Quellen zeigen, wie Projekte der Schweizerischen Nationalbank, die sich in ihrer Eigenschaft als «Hüterin der Währung» einen Überblick über die vielfältigen Transaktionen verschaffen wollte, in der Zwischen- und Nachkriegszeit durch Banken und Bundesrat regelrecht torpediert wurden.

● *Kommunikative Lernprozesse und persönliche Beziehungsnetze*: Unter dem personellen, prosopographischen und kommunikationstheoretischen Aspekt ist es evident, dass die Analyse der Finanzbeziehungen auf kommunikative Lernprozesse und persönliche Beziehungsnetze ausgedehnt werden muss. «Kredit» kommt von «Vertrauen», und ohne sprachliche Kommunikation kommt solches nicht zustande. In einer grenzüberschreitenden Kapitalstruktur sind also immer auch die Interpretationsmuster gespeichert, welche die entsprechenden Akteure im kommunikativen Wechselspiel erworben und verfestigt haben. In den 1930er Jahren herrschte das

85 Vgl. dazu etwa: Maurice Aubert, Jean-Philippe Kern, Herbert Schönle: *Le secret bancaire suisse*, Bern 1976; Maurice Aubert: *Le secret bancaire Suisse*, o.O. 1979; Hugo Baenziger: *Vom Spärschutz zum Gläubigerschutz: die Entstehung des Bankengesetzes unter Einschluss seiner wirtschaftspolitischen Bestimmungen*, Bern 1984; ders.: *Die Entwicklung der Bankenaufsicht in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert*, Bern/Stuttgart 1986; Walter Hadding, Uwe H. Schneider (Hg.): *Bankgeheimnis und Bankauskunft in der Bundesrepublik Deutschland und in ausländischen Rechtssystemen*, Berlin 1986, oder die populärwissenschaftlichen Darstellungen: Christoph Büchenbacher: *Tatsachen über das schweizerische Bankgeheimnis*, Zürich usw. 1977; Nicolas Faith: *Safety in Numbers. The mysterious world of Swiss Banking*, London 1982.

86 Iklé: *Die Schweiz als internationaler Bank- und Finanzplatz*, S. 269; vgl. auch: Herbert Bachmann: *Der Einfluss der Abwertung auf die Zahlungsbilanz der Schweiz*, Basel 1950.



vor, was Hansjörg Siegenthaler als «krisentypische Kommunikation» bezeichnet: wie alle krisenprägenden und krisengeprägten Handlungszusammenhänge leiden diese «zunächst (...) unter dem Verlust an Regelvertrauen»<sup>87</sup>. Finanzbeziehungen waren diesem Vertrauensschwund in besonderem Masse ausgesetzt und als entsprechend instabil erwies sich das ganze Kreditsystem. Der durch den Krieg erschütterte Übergang von der Krisenzeit der 30er Jahre in die Hochkonjunktur der 50er Jahre lässt sich in diesem Theoriekontext als kommunikativer Lernprozess verstehen, der gleichsam den «Kredit» der Banken regenerierte, was wiederum nichts anderes heisst, als dass sich die Akteure nun wieder längerfristig auf das zu einigen vermochten, was der Fall ist. In der Feststellung, die Schweiz sei ein «Kapitalexportland», versteckt sich dann auch die Aussage, die «Nation Schweiz» habe sich gerade durch intensive transnationale Kommunikation konstituieren und reproduzieren können. Die im Bild des «wehrhaften Volkes» aufscheinende kollektive Repräsentation des Landes hatte die starke Einbindung der Funktionseliten in eine grenzüberschreitende, internationale Arbeitsteilung zum Gegenstück und letztere wiederum wurde durch ein engmaschiges personelles Netzwerk vorangetrieben, in dem es Affinitäten und Animositäten, Loyalitäten und Empfindlichkeiten gab. So ermöglichte z.B. der erzwungene Rücktritt von Bundesrat Marcel Pilet-Golaz und seine Ablösung durch den politisch unerfahrenen, jedoch bank- und industrienahen Max Petitpierre im Dezember 1944 die Mobilisierung neuer Vertrauensressourcen durch Bankenwelt und Regierung. Es bleibt nach der Lektüre der bisherigen Standardwerke über die «schweizerischen Finanzbeziehungen» noch immer unklar, wie das wohl spezifisch schweizerische Phänomen der Rollenkumulation und des kriegswirtschaftlichen Milizsystems mit der Fähigkeit kombiniert werden konnte, über die nationalen Grenzen hinaus zu kommunizieren. Es müsste auch klarer als bisher herausgearbeitet werden können, wie die enge Verschränkung von Privatunternehmen, parastaatlichen Verbandsstrukturen und staatlichen Institutionen mit dem *low profile* der schweizerischen Aussenpolitik und der starken Präsenz von helvetischen Unternehmen auf den Weltmärkten zusammenhängt.

● *Nationale Identität und kollektive Mentalitäten*: Es lässt sich in der Schweiz generell eine starke Identifikation nicht nur mit den offiziellen Emblemen der Nation, sondern auch mit dem «stabilen Franken» und den «eigenen Unternehmen» feststellen. Geld, Kapital und Sparen spielen offenbar in der *Mentalität* der schweizerischen Bevölkerung eine promi-

87 Hansjörg Siegenthaler: «Kommunikation und Entwicklung des Bankenwesens», in: Youssef Cassis, Jakob Tanner (Hg.): *Banken und Kredit in der Schweiz (1850–1930)*, Zürich 1993, S. 101.

nente Rolle. Das «metallische Fundament der schweizerischen Währung»<sup>88</sup> und das robuste, krisenresistente Vertrauen in den Schweizer Franken befanden sich in einer volkswirtschaftlich gewinnträchtigen Wechselwirkung. Von hier her erklärt sich auch die grosse Plausibilität und die hohe Akzeptanz der Sparpolitik der üblichen Haushalte, die in den 30er Jahren prozyklisch und krisenverscharfend wirkte. Gleichzeitig gab es ein optimales Zusammenspiel zwischen Sparmentalitat, Finanzdreh-scheibe und Kapitalexport: Ohne das unverbrüchliche Vertrauen, das die schweizerische Bevölkerung in «ihren» Franken steckte, hätte dieser nicht in die überdimensionierte Rolle einer internationalen Reserve- und Trans-aktionswahrung hineinwachsen können. Der «Franken unter der Haut» ist ein Forschungsthema, das auszuloten sich gerade für eine Analyse der Fi-nanzbeziehungen lohnt. So könnte vielleicht auch eine von Durrer eher beiläufig zitierte «erstaunliche Erklärung» Carl Bruggmanns (Schweizer Minister in Washington) interpretiert werden. Bruggmann erklärte im Vor-feld des amerikanischen Blockadeentscheids gegen die schweizerischen Vermögenswerte, dass der Effekt dieser Massnahme «on the morale of the people would be terrific – far worse than a German invasion; that the whole economic structure of Switzerland would collapse and probably anti-se-mitism would be the first horrible aftermath»<sup>89</sup>. Auch heute zeigt sich in der Öffentlichkeit eine erstaunlich hohe Bereitschaft, legitime Forderun-gen an das Bankensystem mit Angriffen auf die ganze Schweiz gleichzu-setzen. Wie diese Haltung zustandekommt und ob es sich um einen typi-schen Kleinstaatsreflex handelt, ist bisher von der historischen Forschung noch kaum untersucht worden<sup>90</sup>.

● *Risk assessment und random-walk*: Die Unternehmensführung von Banken verfügte in den 1930er und 40er Jahren über ideologische Präferenzen und positionierte sich geistig dementsprechend auf der imaginären Landkarte der damaligen Staatenwelt. Es gab, um die beiden wichtigsten Haltungen zu nennen, Entscheidungsträger, die 1940 vom «Endsieg» Hit-lers positiv überzeugt waren, und andere, die die Dynamik dieses Krieges und das globale Kräfteverhältnis realistischer einschätzten. Der Zweite Weltkrieg machte allerdings einmal mehr schlagend deutlich, wie rasch Annahmen über den «Gang der Dinge» überholt sein können. Ein unter-nehmerischer Wachstumspfad wird gerade unter Kriegsbedingungen mit nicht-ökonomischen Kräften konfrontiert, die kaum prognostizierbar

88 Eveline Ruoss: «Die Anfänge der schweizerischen Geldpolitik», in: Tanner, Cassis (Hg.): *Ban-ken und Kredit*, S. 29–52.

89 Durrer: *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen*, S. 45.

90 Vgl. etwa: *The Swiss paradox: rock-solid social and economic fundamentals – rock-bottom equity prices: a longer-term view*, Hg. Lombard Odier et Cie., Genf 1988.

sind<sup>91</sup>. Wichtig wären deshalb vertiefte Analysen des *risk assessment* und der Risikodiversifikationsstrategien durch das Bankensystem in einer Phase, wo politische und militärische Faktoren extrem stark auf die ökonomischen Expansionsmöglichkeiten und Gewinnchancen einwirkten<sup>92</sup>. Ausgangspunkt könnte dabei die These sein, Banken würden mit «Zahlungsversprechen» (d.h. mit einer Kombination aus «Zeit» und «Geld») handeln und dabei zwecks Risikoverarbeitung «Kontingenz durch Technik» substituieren<sup>93</sup>. Dies wurde in dem Masse schwierig, in dem mit der Wende im Kriegsverlauf auch die Unsicherheit auf den entsprechenden Märkten zunahm und die *assets transformation* aufgrund unvorhersehbarer politisch-militärischer Entwicklungen als spezifische Technik der Risikobewältigung nicht mehr funktioniert. Als sich dann definitiv abzeichnete, dass der Traum jener Banken, die auf einen Endsieg der Wehrmacht und glänzende Zukunftsperspektiven des «Dritten Reichs» gesetzt hatten, im Alptraum rauchender Ruinenfelder und zerstörter oder konfiszierter Anlagewerte enden würde, war es für Institute wie die Eidgenössische Bank und die Basler Handelsbank zu spät. Sie waren zu riesigen Abschreibungen gezwungen und gingen Bankrott. In diesem geostrategischen Schwerefeld zeichneten sich zugleich neue, wenn auch transitorische Formen der Risikoarbitrage ab. Universalbanken, die das strategische Kräfteverhältnis realistischer beurteilt hatten, – in diesem Falle die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein – standen auf der Gewinnerseite und konnten den Konkurs der Konkurrenz in einen nachhaltig wirkenden unternehmerischen Wachstumsimpuls umsetzen<sup>94</sup>. Der Konzentrationsprozess, der zu Ende des Krieges im schweizerischen Bankensektor vonstatten ging und im Gefolge dessen die Zahl der Grossbanken auf vier schrumpfte, markierte somit eine Neuallokation der Risiken und eine Neuverteilung von Expansionschancen im europäischen und internationalen Kontext. Die Aufteilung Europas in die Einflussphären des Kalten Krieges und die Verstaatlichungsmassnahmen im repressiv be-

91 Für eine derart komplexe Konstellation wird sich allerdings das random-walk-Theorem im strengen Sinne nicht operationalisieren lassen. Für eine konkrete Analyse eines konkreten Phänomens vgl. z.B. Erwin Heri: *Random-walk als Erklärungsversuch der kurzfristigen Wechselkursfluktuationen*, Basel 1980. Als Denkansatz bleibt die Hypothese aber wichtig.

92 Vgl. dazu z.B. Kenneth R. MacCrimmon, Donald A. Wehrung: *Taking Risks: The Management of Uncertainty*, New York 1986; Jake Ansell, Frank Wharton (Hg.): *Risk: analysis, assessment and management*, Chichester 1992; Howard Kunreuther, Paul Slovic (Hg.): *Challenges in risk assessment and risk management*, Thousand Oaks, Calif. 1996; speziell zu Bankunternehmen: Martin Hellwig: *Systematic aspects of risk management in banking and finance*, Basel 1995.

93 Dirk Baecker: *Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft*, Frankfurt a.M. 1991, S. 13ff.; Martin Hellwig: *Banking, financial intermediation and corporate finance*, Basel 1990.

94 Zum Universalbankensystem vgl. die nord- und osteuropäisch vergleichende Studie: Alice Teichova, Terry Gourvish, Agnes Pogany (Hg.): *Universal banking in the twentieth century. Finance, industry and the state in North and Central Europe*, Aldershot usw. 1994.

friedeten Machtbereich der Sowjetunion brachten nochmals Verwerfungen in die Struktur schweizerischer Bankaktiven und -passiven. Hier öffnet sich ein noch kaum beackertes Forschungsfeld.

● *Das Spiel mit asymmetrischer Information:* Eine interessante analytische Perspektive für die Untersuchung von Bankgeschäften eröffnet auch das Theorem der *asymmetrischen Information*. Es lässt sich ohne weiteres zeigen, dass sowohl inländische als auch grenzüberschreitende «Finanzbeziehungen» zwischen Kreditoren und Debitoren durch systematische Informationsungleichgewichte verzerrt sind, die daraus resultieren, dass der Debitor trotz eines oft beträchtlichen Informationsbeschaffungsaufwandes auf der Seite des Kreditors besser über seine «innere Substanz» und seine Erfolgchancen orientiert ist als letzterer<sup>95</sup>. Insbesondere während der Kriegsjahre war es für helvetische Bankinstitute sehr schwierig, sich eine realistische und langfristig tragfähige Vorstellung des Entwicklungspotentials von Anlagesphären im «Dritten Reich» (und auch anderswo) zu machen. Umgekehrt brachte die schweizerische Verhandlungsdelegation nach Kriegsende im März 1946 gute *bargaining chips* nach Washington mit. Denn trotz *intelligence* wussten die helvetischen Unterhändler selbstverständlich mehr über die inkriminierten Geschäfte (Raubgold und Nazi-Konten sowie -Fluchtgelder) als die Amerikaner und aufgrund dieses Informationsvorsprungs konnten sie in der hochkarätigen Verhandlungsrunde nach einem schwierigen Start ausgezeichnete Resultate erzielen. Die These, dass die schweizerische Elite aufgrund ihrer engen personellen Verflechtung einen kompetitiven Vorteil in diesem Spiel mit Informationen hatte, müsste in diesem Zusammenhang überprüft werden.

*Zusammenfassend* wird die künftige Analyse von Finanzbeziehungen zwei Anforderungen gerecht werden müssen, denen sich neuere Studien erst teilweise gestellt haben: Es geht einerseits um die Abkehr von einem helvetozentrischen Geschichtsbild und andererseits um methodisch-theoretische Innovationen. Wenn davon ausgegangen wird, dass zwischen der militärisch verteidigten Nation und der nach aussen hin eng mit den umliegenden Ländern und den Weltmärkten verbundenen «Volkswirtschaft» ein Hiatus besteht, wird auch das Widersprüche generierende Spannungsfeld sichtbar, in dem die schweizerische Aussen(wirtschafts)politik zu operie-

95 Gerhard Iling: *Geld und asymmetrische Information*, Berlin 1985; Roland Eisen: *Wettbewerb und Regulierung in der Versicherung: die Rolle asymmetrischer Information*, Bern 1986; Gerhard Clemenz: *Credit markets with asymmetric information*, Berlin 1986; Klaus Spremann: *Asymmetrische Information*, St. Gallen 1990; Brian Hillier: *The economics of asymmetric information*, New York 1996.

ren hatte. Es wird möglich, die imaginäre Autarkie der Reduit-Schweiz in ihrer Wechselwirkung mit der vielfältig spürbaren Abhängigkeit des schweizerischen Werk- und Finanzplatzes zu analysieren und damit auch Binnensicht und Aussenperspektive auf neue Weise aufeinander zu beziehen.